

Innern war, war der Meinung, daß man nicht mit Gewaltmaßnahmen die Arbeiterschaft erhitzen dürfe, sondern sie durch Entgegenkommen bei guter Laune erhalten müsse. Vor dem Kriege war ein „Carnet P.“ angesetzt worden, eine politische Liste, auf der alle bekannten „Anarchisten“ und „Revolutionäre“ verzeichnet waren, solche Leute, also, von denen die Polizei eine Gefährdung der Kriegsdienstverpflichtung und der Mobilmachung befürchtete und deren Verhaftung im Mobilmachungsfalle vorgesehen war. Auch in andern Ländern hat man ja solche Listen, und wir sind darüber unterrichtet, daß diese Listen noch während des Krieges weitergeführt und auch benutzt werden. Die französische Regierung hat es aber kurz vor dem Kriege für zweckmäßig gefunden, sich mit den Arbeiterführern ins Benehmen zu setzen, und wie in der Verhandlung zur Sprache gekommen ist, hat sie dann im beiderseitigen Einverständnis das „Carnet P.“ außer Kraft gesetzt. Malvo führte zu seiner Verteidigung an, er habe dadurch erreicht, daß der Prozentsatz der Leute, die dem Mobilmachungsbefehl keine Folge leisteten, auf ein ganz geringes Maß zurückgegangen sei. Während seiner Ministerjahre hat Malvo dann diese Taktik des Entgegenkommens fortgesetzt.

In dem Prozeß traten als Entlastungszeugen für Malvo die ehemaligen Ministerpräsidenten Viviani, Briand, Ribot, zu deren Ministerien Malvo gehörte, ferner frühere Kollegen von Malvo, wie Paillevé und Thomas, und auch Führer der Arbeitervereine, wie Jouhaux und Merxheim, auf. Sie haben bekundet, daß die Versöhnungspolitik Malvos die beabsichtigten Wirkungen erzielt hätte. Ein radikal-sozialistischer Deputierter, der als Hauptmann im Felde steht, sagte aus, daß die Reutereien nach der Niederlage am Chemin des Dames nicht auf revolutionäre Propaganda, sondern auf militärische Enttäuschungen zurückzuführen seien. Andre Zeugen entlasteten Malvo von dem Verdacht, daß seine Politik an dem beabsichtigten Marsch zweier Regimenter nach Paris schuld sei.

Gegenüber diesen Zeugenaussagen mußte der Senat die Anklage auf Verrat fallen lassen. Und die Verurteilung zu fünfjähriger Verbannung hat wohl eine mehr formelle Bedeutung. Daß jedoch Malvo überhaupt verurteilt worden ist, das dürfte die Erbitterung der Sozialisten und der bürgerlichen Kammerlinken gegen das Regime Clemenceau steigern. Die Humanität führt nach einer Ablehnung aus dem Urteil aus, die arbeitenden Klassen würden angelehrt der Herausforderung, die sie in dem Urteil erblickten, ihre Parteifreistattlichkeiten verzeihen und die Triumphe der Action française, eines der verächtlichsten nationalistischen Blätter, halb verstummen lassen. Ohne Zweifel müssen sich gerade die Kreise der französischen Arbeiter, die sich in dem Kriegsaustausch hineinreichern lassen und die Kriegspolitik der französischen Regierung bisher ohne Jögern mitgemacht haben, durch den Restzug gegen Malvo auf äußerste verlegt fühlen. Diejenigen unter den französischen Sozialisten, die auch im Kriege ihrer alten Gesinnung treu geblieben sind, werden allerdings keine Enttäuschung erlebt haben. Sie wissen, daß auch die Versöhnungspolitik einer Bourgeoisregierung deren Klassencharakter nicht verwischen kann. Kein Burgfrieden und keine heilige Allianz kann die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat aus der Welt schaffen. Aus Zweckmäßigkeitsgründen werden sie zuweilen vermischt, sie müssen aber nach längerer oder kürzerer Frist doch wieder hervortreten. Das hat sich bei den Begleiterscheinungen des Malvo-Prozesses für Frankreich ergeben, das zeigt sich mit nicht minderer Deutlichkeit in den Aufrufen, die in Deutschland der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der Bund der Kaisertruppen und ähnliche Organisationen jetzt versenden.

Paris, 7. August. (Havas.) Das im Staatsgerichtshof in öffentlicher Sitzung verlesene Urteil erklärt die gegen Malvo erhobenen Anschuldigungen wegen Verrats für erfunden und verwirft gleichzeitig die Anklage auf Mitschuld am Verrat. Das Urteil erklärt, es stehe fest, daß seit Ende 1914 ein abgekarteter Plan bestand, um die Verteidigung des Landes zu schädigen dadurch, daß man die nationale moralische Kraft und den Geist der Truppe in der Armee untergrabe. Die Propaganda habe nachweislich durch Gründung von Zeitungen undhalten von Reden und Vorträgen gewirkt. Malvo habe das verbrecherische Unternehmen geplant, welches die Hauptursache der Reutereien im Jahre 1917 war, habe aber, anstatt der Propaganda tatkräftig entgegenzutreten, das Blatt unterhält, dessen Redakteure wegen Einverständnis mit dem Feinde verurteilt wurden. Er habe Anweisungen zur Aufhebung des Strafverfahrens zugunsten notorischer Anarchisten gegeben. Malvo behauptete vergebens, daß diese Politik, die auf die heilige Einigkeit aller Franzosen abzielen sollte, nicht vor den Staatsgerichtshof hätte gebracht werden dürfen und daß er so gehandelt habe, um Unordnung zu verhüten, denn der fast einmütige vaterländische Schwung der französischen Arbeiter zeigte im Gegenteil, daß diese die Schuldigen aus ihren Organisationen gestochen hätten. Das Urteil lautete, wie bereits gemeldet, auf fünf Jahre Verbannung ohne Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Erstattung der Kosten an den Staat.

## Von den Sozialisten der Entente.

Einer Kopenhagener Meldung zufolge wird die Abhaltung eines Kopenhagener Kongresses von französischen, englischen und belgischen Sozialisten geplant, wozu die dänische Sozialdemokratie eingeladen habe. Für die Franzosen habe sich Thomas bereit erklärt, die Einladung anzunehmen, während die englischen Sozialisten noch Widerstand leisteten.

Wenn die Nachricht zutrifft, so dürfte es sich um eine Veranstaltung handeln, die dem internationalen sozialistischen Kongreß die Wege bahnen soll; denn bei der Stellung der dänischen Sozialisten ist es ausgeschlossen, daß sie etwa eine Veranstaltung treffen würden, die den Bestrebungen nach Zusammenfassung aller sozialistischen Parteien entgegenwirken würde.

Ueber Bern wird von einem in Neuchâtel abgehaltenen Kongreß der amerikanischen Sozialisten berichtet, an dem 300 Delegierte teilgenommen haben. Er beschloß, bei den nächsten Herbstwahlen für das Bundesparlament in möglichst vielen Kreisen eigene Kandidaten aufzustellen. Das Spionagegesetz, das jede Meinungs- und Gewerkschaftsbewegung, wurde heftig gebrandmarkt. An 110 angeklagte Mitglieder der Industrial Workers of the World (die der nationalistischen, von Comper geleiteten Federation entgegengelegte Gewerkschaftsbewegung meist ungelerner Arbeiter), gegen die seit vielen Monaten ein Prozeß wegen ihrer gegen den Krieg gerichteten Tätigkeit im Gange ist, wurde eine Sammeladresse gesandt. Morris Hill-

mit bezeichnete das Gericht in Chicago als das „Kriegsgericht einer stark verschönten kapitalistischen Klasse“. Die amerikanischen Sozialisten hoffen, daß sie durch ihre Bekämpfung des Krieges eine starke Stimmengahl auf sich vereinigen werden. Der I.-W.-W.-Bewegung wurde die Anerkennung dafür ausgesprochen, daß sie ihre Anhänger bei den Wahlen für die sozialdemokratischen Kandidaten einsetzte.

Aus Italien wird berichtet, daß Professor Mussolini, der ehemalige Avantgardist, der ins Kriegsgehegerlager hinüberwechselte, aber in seinem Popolo d'Italia immer noch den Reformsozialismus zu vertreten behauptete, jetzt auch diesen preisgibt. Er hat sich mit den römischen Reformsozialisten entzweit, so daß die römische Ausgabe seines Blattes eingehen mußte, worauf er den Reformsozialismus für etwas erklärte, „das ihm nichts mehr zu sagen hat“. Aus seinem „sozialistischen Tageblatt“ wurde ein Organ „der Kämpfer und Produzenten“, d. h. der Unternehmer. Eine konsequente Entwicklung, die die italienischen Sozialisten mit Genugtuung verzeichnen können.

## Die Lage im Osten.

### Kellnerich kommt zur Berichterstattung nach Berlin.

Berlin, 8. August. Wolffs Bureau teilt mit: Der diplomatische Vertreter der Kaiserlichen Regierung in Moskau, Staatsminister Kellnerich, ist zur mündlichen Berichterstattung über die Lage in Rußland nach Berlin gerufen worden und gestern von Moskau nach hier abgereist.

### Kämpfe bei Archangelsk.

Archangelsk, 4. August. (Reuter.) In der vergangenen Nacht besetzten die Bolschewiki die Verstärkung erhalten hatten, Tsarowgora, die nächste Station von Archangelsk, wurden jedoch von der Weißen Garde vertrieben.

Petersburg, 5. August. Die Presse meldet: Auf Befehl von Uryski werden die Straßenpatrouillen und -Wachen von Petersburg verläßt. In die tschecho-slowakische Front sind Verstärkungen von hier abgegangen.

Die Zeitung Demoskowskij Volk bringt einen Aufruf zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes infolge der Besetzung von Archangelsk.

Die rote Armee veröffentlicht einen Aufruf an die ehemaligen gebildeten Unteroffiziere der Jahrgänge 98-99 in den Gouvernements Petersburg, Moskau und Wladimir.

Der Belagerungszustand wurde u. a. in Archangelsk, Wologda, Gorkow, Wul, Tscherepowoz, Station Suchoja (bei Wologda) und Roslaw (an der Dwina) verhängt. In diesen Orten sind alle Kommunisten unter die Waffen gerufen worden. Alle Ausländer haben die Orte innerhalb 24 Stunden zu verlassen.

### Englische Truppen in Wladiwostok.

Wladiwostok, 8. August. (Reuter.) Englische Truppen wurden gelandet.

Chabar, 3. August. Semenov geht nach Wladiwostok. Seine Truppen sollen zwischen Ostka und der Station Mandshuric stehen, wo sie die Tschecho-Slowaken erwarten.

### Die Eisenbahnverbindung nach Moskau.

Moskau, 6. August. (P. T. A.) Die Eisenbahnverbindung von Wolgda über Jaroslaw nach Moskau ist vollkommen hergestellt. Die Postkutschen halten nicht an der Station Jaroslaw, da der Eintritt in die Stadt verboten ist.

### Die Messe in Nischni-Novgorod.

Moskau, 6. August. (P. T. A.) Der Gedanke des direkten Warenaustausches hat bei der Messe von Nischni-Novgorod große Erfolge zu verzeichnen. Es kommen zahlreiche telegraphische und briefliche Anträge. Zu den Hauptlieferanten gehören die Gebiete von Wensa, Saratow u. a. Die Vertreter des Bezugsgebietes haben für 100 Millionen Rouble im Austausch gegen Eisenartikel angeboten. Aus Finnland werden Holzwaren — und Spolierwaren angeboten. Der Handelsverkehr auf der Messe ist bereits in vollem Gange. In den Lagern einiger Firmen wurden nichtangemeldete Waren, insbesondere Rauchwaren, gefunden. Sie wurden dem Exekutivkomitee der Messe zur Verwertung gestellt.

### Grütausstellungen.

Moskau, 6. August. (P. T. A.) Die Gemäldeausstellungen verspricht in zahlreichen Monaten, insbesondere in Petersburg, außerordentlich reich zu werden. Es ist bereits eine Organisation geschaffen worden, um die Gemälde auszurollen zu lassen.

Moskau, 6. August. (P. T. A.) Aus dem Gouvernement Nowgorod wird mitgeteilt, daß infolge der außerordentlich reichen Ernte die Steuer auf 40 Rubel auf 3 Rubel pro Rubel gesunken sind. Ähnliche Nachrichten kommen aus zahlreichen andern Gouvernements.

### Die Erziehung der Kinder.

Moskau, 4. Aug. Die Abteilung des Volksbildungskommissariats für Erziehung der Kinder im vorschulpflichtigen Alter organisiert über ganz Rußland ein Netz von Volkskindergärten, die die erste Stufe zur Einheitschule bilden sollen. Die Kindergärten sind für Kinder im Alter von 4 bis 8 Jahren bestimmt. Alle Kinder im Alter von 6 bis 8 Jahren ist der Besuch dieser Kindergärten obligatorisch. Die Abteilung ist von der Erziehung ausgegangen, daß die Kinder, die ohne vorherigen Besuch eines Kindergartens in die Schule kommen, noch nicht genügend vorbereitet sind, um dem Unterricht ohne weiteres folgen zu können. Die Kindergärten sollen die Kinder allmählich für den bevorstehenden Unterricht vorbereiten, ohne ihnen zu schwere Aufgaben zuzumuten. Durch diese Vorbereitungsarbeit der Kindergärten sollen die Schulen wesentlich entlastet werden.

Moskau, 2. August. Um die Erziehung vor der Schulaeit möglichst gründlich zu gestalten, ruft das Kultus-Kommissariat eine ganze Reihe von entsprechenden Maßnahmen, wie z. B. Einrichtung von Kinderspielflächen, Eröffnung von Handarbeitsklassen, Gründung eines ganzen Netzes von Bibliotheken usw., ins Leben.

### Ueberführung der Zarenfamilie nach Spanien.

Der Pariser Times berichtet: Die Ueberführung der Zarenwitwe und ihrer Töchter nach Spanien wird in der zweiten Augusthälfte stattfinden.

## Vom Tage.

Die Deutsche Arbeiter-Zeitung, das Organ der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, hat sich in der letzten Zeit in mehreren Kritiken mit der preussischen Wahlrechtsfrage befaßt und ist, wie bei diesem Unternehmungsblatt weiter nicht verwunderlich, zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Pluralwahlrecht die richtige Lösung wäre. Das Stimmrecht müsse nach der politischen Urteilskraft abgemessen werden. Daß es keinen einwandfreien Anhalt für die politische Einsicht des Wählers gebe, könne kein Grund sein, die Abstufung des Wahlrechts abzulehnen, denn auf allen Lebensgebieten finde man sich mit Annäherungswerten ab, wo menschliche Unvollkommenheit absolut zureichende Bestimmungen aufstelle. Wenn durch die Abstufung

des Wahlrechts im Durchschnitt die politische Reiferen einen größeren Einfluß als die nur minder Einsichtsvollen auf die Zusammenlegung des Abgeordnetenhauses erlangten, so werde der Zweck erreicht, dieses auf die höchste Höhe zu bringen. Das gleiche Wahlrecht des glühenden Demagogen und Geschäftspolitiker sein Handwerk, das abgestufte für die politische Reife. Es sei das Wahlrecht der Reife.

Das heißt also, daß der Proletariat der Unmündige ist. Das genieren sich die Herren selbst nach vier Jahren Kriegszeit nicht auszusprechen. Wenn auch nicht genau, so doch dem „Annäherungswert“, nach, wie ihn „menschliche Unvollkommenheit“ zu bestimmen vermag, ist in den Augen der Unternehmer der Bestende der Reife.

Zum Briefe Lansdownes gibt das Wolffsche Bureau jetzt eine Ergänzung des Textes, aus dem eine Stelle erwähnenswert ist, in der der Lord auf Neuerungen verweist. Die General Smuts in einer Rede zu Glasgow am 17. Mai getan hat. Lansdowne sagt, daß diese Rede in einigen Londoner Zeitungen nur unvollständig wiedergegeben wurde, und er hält deshalb eine genauere Zitierung für nützlich. Denn wenn immer noch gesagt werde, daß keine Verhandlungen möglich seien, solange die Macht Deutschlands nicht ein für allemal durch eine erdrückende militärische Niederlage gebrochen sei, so sei dem die Sprache entgegengehalten, derer sich General Smuts, also ein Mitglied des Kriegskabinetts, ein Mitglied der Regierung, in jener Rede bedient habe. Smuts habe damals gesagt: „Wenn wir von Sie sprechen, meinen wir nicht, daß wir bis zum Rhein oder nach Berlin marschieren, meinen wir nicht, daß wir den Krieg fortsetzen, bis wir Deutschland und das Deutsche Reich zermalmt haben und imstande sind, dem Feinde in seiner Hauptstadt den Frieden zu diktieren. Wir werden den Krieg fortsetzen, bis die Ziele, für die wir in den Krieg gingen, erreicht sind, und werden auf der defensiven Basis bis zum Ende durchhalten. Ich glaube nicht, daß ein vollständiger Sieg für eine der beiden Mächtegruppen in diesem Kriege möglich ist, da das eine unendliche Kampagne bedeuten würde. Die dezimierten Nationen wären gezwungen, noch viele Jahre zu kämpfen, und zu welchem Ende? Der Erfolg dürfte sein, daß die Zivilisation, die wir retten und sichern wollen, selbst in Frage gestellt wird. Aber wenn wir den Krieg nicht bis zur Zermalmung durchkämpfen wollen, ist es sicherlich nötig, gelegentlich festzustellen, wie die Dinge stehen, was der Gegner denkt, welche Vorteile man aus der Lage, wie er sie ansieht, zu ziehen vermag. Wir werden keinen Frieden nur durch nicht anderweitig unterstützte Anstrengungen der Armeen herbeiführen.“ Lansdowne schloß hier ein: „Man vergleiche hiermit die Worte Lansdownes: „Ein absolutes Ende kann schwerlich von den militärischen Entscheidungen allein erwartet werden.“ Nach weiteren Zitaten aus der Rede Smuts, die im Sinne der obigen Ausführungen gehalten sind, kommt Lansdowne zu dem Schluß: „Ich kann mir vorstellen, daß wir bis zu einem Stadium gekämpft haben, wo der Feind bereit ist, unsere Hauptbedingungen anzunehmen, aber wie sollen wir erfahren, daß er es ist, wenn keine informelle Konferenz stattfindet? Das Volk hat das Recht, zur Regierung zu sagen: Wir verbieten uns, wir tun unser Bestes für die Sache, aber wir erwarten von euch als unsern Führern, daß auch ihr euer Teil Arbeit tut. Es ist Pflicht der Regierung, zu reden. In keiner andern Weise kommt ihre die Erfolge, die ihr anstrebt, erreichen. Die Regierung muß sprechen, um ausfindig zu machen, ob irgendmann das Stadium erreicht ist, um Uebereinstimmung über die Fundamentalfragen herbeizuführen.“

Diese Ausführungen zeigen, daß die Erkenntnis, der Krieg könne sich durch militärische Mittel allein nicht beenden, eine völlige Niederlage einer der beiden Parteien sei nicht zu erzielen, auch im Entente-lager um sich greift. Da sie auch bei den Mittelmächten an Raum gewinnt, — wir finden den Gedanken in den letzten Tagen in Betrachtungen deutscher Blätter, namentlich regierungsozialistischer, öfter ausgesprochen —, so ließe sich darauf einige Hoffnung bauen, daß man schließlich doch zu Friedensverhandlungen kommen könnte. Aber das Nüchternen der Erkenntnis flackert noch schwach, und von einem energischen Willen, es zum Feuer anzufachen, ist leider weder hier noch im Ententelager etwas zu verspüren. Solange dieser ernste Wille der Völker auf beiden Seiten noch fehlt, wird man die Wirkungen der im Lansdowne-Brief niedergelegten Erkenntnis sehr gering schätzen müssen.

## Zulagen zur Soldatenlöhnung.

Auf Grund einer kaiserlichen Kabinettsorder hat das Kriegsministerium bestimmt:

Alle Unteroffiziere (auch die Gehalt empfangenden) und Mannschaften erhalten, sofern sie mobil sind oder mobile Besoldung beziehen, eine Zulage von 9 Mark, alle übrigen eine von 6 Mark. — Die Zahlung hat für Gehaltsempfänger monatlich, für Besoldungsempfänger bedarfsweise zu erfolgen. Die Zahlung wird nach den gleichen Grundsätzen wie das Kriegsgeld bezogen. Die Kriegsbilanznahme genügt. Die Zahlung für die rückstehende Zeit hat sofort und von der Dienststelle zu erfolgen, bei der der Berechtigte sich zur Zeit des Bekanntwerdens der Allerhöchsten Kabinettsorder befindet.

## Der Luftschiffangriff auf England.

London, 6. August. (Reuter.) Amtlicher britischer Bericht. Fünf Luftschiffe versuchten in der Nacht vom 5. August die Küste zu überfliegen. Sie wurden auf der See von Luftstreitkräften angegriffen. Eines kürzte 40 Meilen von der Küste brennend ab, ein zweites wurde beschädigt.

London, 6. August. Amtlich. Feindliche Luftschiffe näherten sich der ostenglischen Küste am 5. August um 9 Uhr 30 Min. abends, drangen aber nicht tief ins Innere vor.

## Der Krieg zur See.

### Bericht.

Berlin, 7. August. (Amtlich.) Eines unserer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant von Schrader, beschädigte an der Nordküste Irlands den stark gesicherten englischen Dampfer Zuzicta von 82 120 B.-M.-L. durch mehrere Torpedotreffer so stark, daß das Schiff am folgenden Tage durch ein von Oberleutnant zur See von Mudejohel befehligtes U-Boot trotz Bedeckung durch 18 Zerstörer und 16 Fischdampfer endgültig versenkt werden konnte. Infolge sehr ähnlicher Bauart war das Schiff zunächst irrtümlich für den früher deutschen Dampfer Vaterland gehalten worden. Das